

Im Gespräch: Elmar Brok und Peter Gauweiler

## Europa!! - Bayern!!

Die Schuldenkrise hat der Debatte darüber, wie eng die Staaten Europas sich zusammenschließen sollen, eine neue Dringlichkeit gegeben. Hier streiten: Elmar Brok, CDU, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Peter Gauweiler, CSU, MdB.



© Jockisch, Anna

Eine Frage der Souveränität: Detail des Bundesadlers im Bundestag

### **Warum mögen Sie den Euro nicht, Herr Gauweiler?**

Gauweiler: Wer sagt das denn?

### **Sie haben doch vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Rettungsaktionen, die dem Euro helfen sollen, geklagt!**

Gauweiler: Der Sinn der Klage war ja gerade die Verteidigung der Geschäftsgrundlage des Euro: der Stabilitätskriterien, die bindende Vorschriften beinhalten für Verschuldungsgrade, für die Unabhängigkeit der gemeinsamen Notenbank und deren Verpflichtung auf Preisstabilität sowie das Verbot des Herauskaufens.

### **Herr Brok, hat sich die Skepsis, die Herr Gauweiler als Kläger noch mal zum Ausdruck gebracht hat, nicht bewahrheitet?**

Brok: Sie hat sich im Grundsätzlichen nicht bewahrheitet, denn der Euro ist eine stabile Währung. Und wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Schuldenkrise bestimmter Mitgliedsländer der EU. Das hat nichts mit dem Euro zu tun. Wenn Deutschland bei der Aufnahme von Griechenland und dann bei der Aufgabe der Stabilitätskriterien zusammen mit Frankreich die Geschäftsgrundlage aufgekündigt hat, dann ist das politisches Fehlverhalten, spricht aber nicht gegen den Euro. Fast alle EU-Mitgliedstaaten hatten von 1996 bis 2007 ihre Staatsverschuldung verringert. Der Anstieg der Staatsverschuldung kam mit der Finanzkrise 2008. Aber es ist dringend notwendig, dass wir die Stabilitätskriterien sehr viel härter fassen.



© Kat Menschik

Peter Gauweiler: „Haben wir uns zu viel vorgenommen?  
Ich sehe die Gefahr, dass die EU uns von unseren Grund-  
rechten abschneidet.“

Gauweiler: Daran ist sicher das eine oder andere richtig. Nur: Was ist, was war die Idee der EU? Auf dem Weg zum ewigen Frieden haben sich die Völker Europas entschlossen, eine Vorstufe organisatorischer Art einzugehen. Der Euro sollte ein Instrument sein, um diese Idee zu festigen und den Bund unauflöslicher zu machen. Als Skeptiker frage ich: Könnte es sein, dass der Euro die gute Idee eher beschädigt? Haben wir uns bei der Vereinheitlichung zu viel vorgenommen? Die „Vereinigten Staaten von Europa“ standen auch mal im CSU-Parteiprogramm. Da frage ich: War das nicht auch eine Gehilfe aus der Zeit, als Deutschland und Europa noch versehrt und zwischen Freiheit und Diktatur gespalten waren?

Brok: Der Euro ist nicht nur wegen des immerwährenden Friedens eingeführt worden, sondern auch, damit der Binnenmarkt funktioniert. Der wurde nämlich verfälscht durch Auf- und Abwertungen. Das ist beseitigt worden, und das war ein erheblicher Pluspunkt für das Funktionieren des Binnenmarktes und für die deutsche Exportwirtschaft. Außerdem: Wir können nur gemeinsam noch politisch, wirtschaftlich und im Währungsbereich global bestehen. Spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008 wissen wir, dass dies Herausforderungen sind, die ein Nationalstaat nicht mehr allein bewältigen kann.

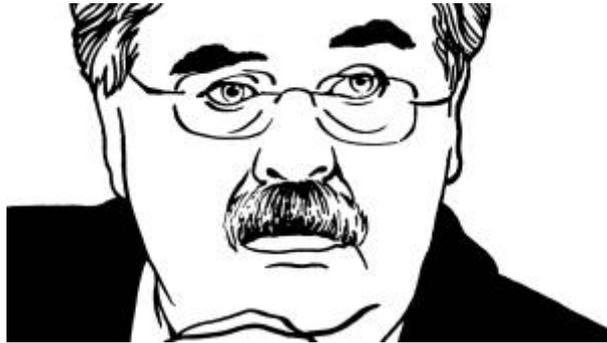
### **Also mehr europäische Einheit als bisher?**

Gauweiler: Nein. Erstens schadet es der globalen Ordnung, wenn wir den imperialistischen Wettstreit, den im 19. Jahrhundert die europäischen Nationen untereinander führten, auf die Ebene von Erdteilen verlagern. Zweitens: Die Länder Europas standen und stehen immer im wirtschaftlichen Wettbewerb. Der gehört zu unserem ökonomischen Leben. Doch ein politisches Kräfteressen der Erdteile herbeizureden heißt, Europa, Asien und die anderen in eine imperiale Konfliktsituation hineinzumanövrieren. Herr Brok spricht dabei immer von „Europa“, aber die EU ist nicht identisch mit Europa. Die EU ist ein Drittel-Erdteil.

Brok: Ich spreche von 500 Millionen Menschen, und das ist die EU.

Gauweiler: Ich habe den Eindruck, dass wir in Deutschland die Einigung Europas wie eine Fortsetzung der deutschen Zusammenschlüsse seit 1871 betrachten. Aber von der Dimension her sollte man die große Öffnung von 1989 nicht mit der deutschen Einigung von 1871 vergleichen, sondern mit der Erweiterung von 1492, der Entdeckung Amerikas. Vor uns ist ein ganzer Kontinent aufgetaucht - ein neu-alter Kontinent - mit riesigen Problemen und mit riesigen Chancen, ein neues Amerika. Diese alt-neuen Nachbarn haben erstmals nicht Angst, von den Deutschen überrollt zu werden, sondern davor, dass die Deutschen nicht kommen.

Mit der abgestandenen Debatte über die Staatlichkeit der Brüsseler EU verschwenden wir unsere Energie, unsere Ressourcen, unsere Emotionen.



© Kat Menschik

Elmar Brok: „Wir brauchen heute mehr und nicht weniger Europa! Deutschland kann doch nicht Schweiz spielen.“

### **Heißt das, dass die EU sich eigentlich in dieser Form überlebt hat?**

Gauweiler: Ja, in dieser Form, wie auch die Nato. Die neue Hauptstadt Europas wird nicht mehr Brüssel sein, sondern in der Mitte zwischen Madrid und Moskau, Prag, zum Beispiel. Das ist ein anderes Konzept: Europa vom Atlantik bis zum Ural.

Brok: Ich halte fest, dass Herr Gauweiler das Europa, das Schuman, Adenauer, Strauß, Kohl für richtig hielten, als überlebt betrachtet. Ich sehe das genau umgekehrt. Herr Gauweiler möchte mehr Spielräume für die Nationalstaaten, während ich sage, die Themen, in denen wir Gemeinsamkeit brauchen, sind heute vielfältiger und tiefgreifender als zu Zeiten von Kohl oder Adenauer. Beispielsweise die Globalisierung: Wie können wir Interessen wahrnehmen? Es geht hier nicht um Kolonialisierung anderer Erdteile durch uns, sondern darum, dass wir nicht kolonialisiert werden. Die Chinesen bringen Häfen in Griechenland unter ihre Kontrolle oder Ressourcen in Afrika. Ich kann weitere Themen aufzählen: Migration, Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus, Klimawandel - kein Nationalstaat kann das mehr alleine bewältigen. Herr Gauweilers Position ist nicht nur romantisch, sondern führt uns zurück in das kriegerische Zeitalter der Nationalstaaten.

### **Zurück zum Euro. Herr Gauweiler, trauen Sie dem Europäischen Parlament nicht zu, dass es die demokratische Haushaltskontrolle genauso effektiv wahrnehmen kann wie der Deutsche Bundestag?**

Gauweiler: Wenn ich mit meinen CSU-Kollegen aus dem Europäischen Parlament diskutiere, habe ich oft den Eindruck, dass sie eher freier sind und nicht so fraktioniert, wie die Abgeordneten in den Landtagen oder im Bundestag. Im Europa-Parlament herrscht eine offenere Club-Atmosphäre. Das sehe ich positiv. Aber ich bin Herrn Brok noch eine Antwort schuldig auf den Vorwurf, Gauweiler möchte wieder die Nationalstaaten stärken. Seien Sie sich da nicht so sicher. Natürlich sieht es so aus, als ob hinter allem, was man von Berlin aus gegen die EU-Instanzen sagt, der gekränkte deutsche Nationalismus spricht. Nur, ich komme aus Bayern. Für unsereinen hat die historische Fehlentwicklung nicht erst mit dem Maastricht-Vertrag begonnen, sondern viel früher, 1871. Der Frankfurter Deutsche Bund, das wäre für uns im Süden etwas viel Besseres gewesen als der von Berlin aus dirigierte Zentralstaat. Wir Bayern fühlen uns mit unserer Skepsis durch alles, was danach kam, nicht unbedingt widerlegt.

### **Sind Sie unglücklich über den deutschen Nationalstaat, wie er heute ist?**

Gauweiler: Willy Brandt hat 1990 vorgeschlagen, zu prüfen, ob der Deutsche Bund von 1848 nicht eine Alternative sein könnte. Und Max Streibl, der damalige bayerische Ministerpräsident, hatte daran erinnert, dass die obersten Organe des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation abwechselnd in verschiedenen Städten zusammentraten. Er wurde verlacht. Das war die Zeit, als der Beschluss zum Umzug von Bundestag und Regierung nach Berlin gefasst worden war. Das war auch richtig. Aber Geschichte hört nie auf. Von Streibl stammte übrigens auch der Begriff „Europa der Regionen“. Ich bin ganz sicher: Als Gegengewicht zur Globalisierung brauchen wir die kleine, demokratisch verfasste Einheit.

Brok: Ich höre bei Ihnen doch schon wieder die Angst vor einem europäischen Bundesstaat durchklingen. Den will ich doch auch nicht. Aber da, wo die EU von den Nationalstaaten Kompetenzen verliehen bekommen hat, funktioniert sie wie ein Bundesstaat. Da muss sie auch die Mittel haben, die Regeln durchzusetzen. Wie gesagt, nur da, wo ihr die Kompetenzen übertragen worden sind von ihren nationalen Mitgliedern.

### **Hat das Europaparlament eigentlich jemals den EU-Haushalt gekürzt?**

Brok: Überwiegend sind Mittel umgewidmet worden, nicht gekürzt. Ich gebe Ihnen recht: Wenn das Europäische Parlament einen Teil der Einnahmen dem Bürger gegenüber verantworten müsste, würde das zu größerer Sparsamkeit führen. Der EU-Haushalt hat bisher nie den gesetzten Höchststrahmen erreicht und beträgt weniger als ein Prozent des BIP. Außerdem ist dies der Prozentsatz trotz erheblicher Mitgliedschafts- und Kompetenzerweiterung. Ich bin vor mehr als dreißig Jahren Mitglied des Parlaments geworden, als es kaum etwas zu sagen hatte. Auf allen Gebieten, auf denen es seither mehr Zuständigkeiten bekommen hat, ist es verantwortungsbewusster geworden.

### **Haben Sie Verständnis dafür, dass die Mitglieder des Bundestages derzeit alles dafür tun, damit ihr Haushaltsrecht nicht ausgehebelt wird?**

Brok: Dafür habe ich sogar große Sympathien. Wir müssen nur aufpassen, dass darüber die Handlungsfähigkeit der EU nicht verlorenght.

### **Die Skepsis, die viele Menschen gegenüber der EU haben, hat ihren Grund doch in der diffusen Angst, dass eine Zentralgewalt in Brüssel ihnen ihr Geld wegnimmt und anschließend unkontrolliert verwendet.**

Brok: Ja, die Menschen empfinden das so wie den Länderfinanzausgleich in Deutschland. Uns ist es bisher noch nicht gelungen, den Menschen klarzumachen, dass es einen solchen Automatismus bisher nicht gibt, und wir alles daransetzen, dass es auch in Zukunft einen solchen Automatismus nicht geben wird. Darüber hinaus muss die EU nicht jede Kompetenz, die sie hat, auch nutzen. Deswegen finde ich, dass man die europäische Gesetzgebungsmaschinerie langsamer laufen lassen kann, dass wir mit der Erweiterung innehalten und den Laden, so wie er jetzt ist, zum Funktionieren bringen.

### **Herr Gauweiler, bei all Ihrer Begeisterung für den Föderalismus: Der Deutsche Bund war immer nur Objekt der Politik, nicht Subjekt. Die Schweiz bezahlt ihr Kantönlidenken ja auch mit der Abwesenheit von Außenpolitik.**

Gauweiler: Die arme Schweiz! Ich finde nicht, dass ihr Schicksal so schrecklich ist. Dass sich die CDU und etwas auch die CSU so an das Strickmuster von Brüssel geklammert haben, war das Ergebnis einer Erfolgsdepression: Nach dem Sieg im Kalten Krieg und dem Jahrhundertfolg der deutschen Einheit blieb nur noch die Frage, was in Zukunft überhaupt noch zu tun sei. Die Antwort lautet reflexhaft „EU“, mit ständigem Bezug auf Kohl und Strauß.

Brok: Wir brauchen heute mehr und nicht weniger Europa! Deutschland kann doch nicht Schweiz spielen.

Gauweiler: Ich habe für die Zukunft auch nicht die perfekte Lösung. Aber wir dürfen nicht so eingleisig sein in Richtung EU und gleich noch einen Auswärtigen Dienst für die EU schaffen mit 3000, 6000 oder 9000 Planstellen. Ich sehe die Gefahr, dass die EU uns von unseren Grundrechten abschneidet, die von den Nationalstaaten einigermaßen geschützt sind.

Brok: Davor schützt schon die Charta der Grundrechte.

Gauweiler: Wo denn? Die Gefahr wächst, und die Grundrechte des Einzelnen schwinden. Auch die aktuelle Finanzkrise ist ein Warnsignal. So wie es der Einsturz des World Trade Center durch einen Terrorangriff war. Anders als Brok bin ich nicht der Auffassung, dass mehr Kompetenzmacht für die EU die Lösung wäre. Die EU-Instanzen haben sich diesbezüglich als unfähig erwiesen. Die Rettungsschirme verschärfen die Probleme noch: Die Inflationsgefahr wird dadurch in der westlichen Welt dramatisch wachsen. Die hochverschuldete Bundesrepublik soll sich noch weiter verschulden, um noch mehr verschuldeten Staaten zu helfen, weitere Schulden zu machen. Das ist doch wie Schneebälle rösten!

Brok: Das stimmt doch nicht. Die Europäische Zentralbank kauft Anleihen, nimmt damit Kaufkraft aus dem Markt. So wird die Inflation unter Kontrolle gehalten. 680 Billionen Dollar nichtwarengestützter Werte in der Finanzwelt - die kann man nur unter Kontrolle bekommen, wenn man zusammenarbeitet und nicht verschweizert.

Gauweiler: Wir hätten doch unsere Institutionen zur Regelung der Finanzströme in Deutschland, und wir haben die Gesetze ...

Brok: Die nutzen national nichts!

Gauweiler: Das ist eine Ausrede, um eigene Vorschriften nicht anzuwenden! Damit können Sie auch den Vollzug der Straßenverkehrsordnung in Deutschland aussetzen, weil die Verkehrsströme nur global geregelt werden könnten.

Brok: Das ist doch Unsinn.

Gauweiler: Nicht alles, was Sie nicht verstehen, ist Unsinn.

Brok: Der Straßenverkehr findet auf bayerischen Straßen statt, der Finanzverkehr ist global.

**Immerhin wissen wir bei der Straßenverkehrsordnung, wer für ihre Einhaltung sorgt: die Polizei. Aber wenn jetzt deutsche Steuergelder in Rettungsfonds gesteckt werden: Wer kontrolliert dann, ob alles mit rechten Dingen zugeht. Der Bundestag? Das Europaparlament?**

Brok: Die durch nationale Haushalte gesicherten Garantien müssen auch von den nationalen Parlamenten kontrolliert werden.

Gauweiler: Danke! Im Hause von Bundesfinanzminister Schäuble ist man aber leider der Meinung, die Handlungsfähigkeit der Regierung dürfe nicht durch ständige Parlamentsvorbehalte eingeschränkt werden. Aber zum Wesen der Demokratie gehört es, dass das Volk durch seine Vertreter über seine Ausgaben entscheidet.

Brok: Genau. Dabei bleibt es ja auch. Dann sind Sie sich immerhin in diesem Punkt einig.

Das Gespräch moderierten Günther Nonnenmacher und Eckart Lohse.